

Rainer Herth* über fortschreitende Militarisierung und den "Notstand der Republik"

Analysiert man nur die letzten Übergriffe staatlicher Repression, muss man ebenso grundsätzliche wie besorgniserregende Gemeinsamkeiten feststellen: Einer geradezu grotesken Verharmlosung des Geschehenen folgt ein weiterer Ausbau des Gewaltenapparates gegen das Volk, der auf keinen nennenswerten Widerstand der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft stößt, ja sogar oftmals deren Unterstützung findet.

Von staatlicher Seite werden faschistische Mörderbanden wie der NSU finanziert und angeleitet. Die gleichen Stellen untersuchen ihre eigenen Verbrechen, und als Konsequenz erhält der Verfassungsschutz – unter Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung – weitere Befugnisse. Kriegsminister de Maiziere wird kritisiert, nicht weil er Drohnen anschaffen will, sondern im Gegenteil, weil das Geschäft nicht zustande kommt, aber trotzdem kostet. Welcher Staatsanwalt erhebt Anklage gegen ihn und sämtliche Kriegsminister, mindestens seit Scharping, für versuchte Verbrechen gegen das eigene Volk? Für eine Anklage im aktuellen Fall dürfte allein der Fakt genügen, dass die zur Bewaffnung und Überwachung vorgesehenen Drohnen in Europa eingesetzt werden sollten – also wohl auch gegen die eigene Bevölkerung. Im sogenannten NSA-Überwachungsskandal wird im Wesentlichen die *Weitergabe* von Daten durch den BND an US-amerikanische Stellen kritisiert. Der ehemalige BND- und Verfassungsschutz-Chef Geiger will sich und uns sogleich von den „Verträgen und Abkommen“ befreien, die noch als Ergebnis der Niederschlagung des faschistischen Deutschlands mit den Alliierten existieren.¹ Keine Rede davon, was die knapp 6500 BND-MitarbeiterInnen den ganzen Tag treiben, oder davon, dass in der sogenannten Anti-Terror-Datei an die 60 Millionen Datensätze (also von etwa drei Viertel der Bevölkerung) gespeichert sind, die von deutscher Polizei und deutschen Geheimdiensten – verfassungswidrig – genutzt werden können.²

Im Vordergrund der öffentlichen Debatte steht das angebliche „Versagen“ des staatlichen Gewaltenapparates und der parlamentarischen Gremien. Eine Strategie wird nicht gesehen bzw. regelmäßig ausgeschlossen. Dabei sind diese Ereignisse mit vielen anderen im Zusammenhang und in ihrer Bedeutung zu sehen, als bewusste, fortschreitende Liquidierung des Grundgesetzes und der Grundrechte, Umbau des bürgerlich-demokratischen Staates, Militarisierung weiterer Teile der Gesellschaft und der Ökonomie und nicht zuletzt Umbau des Militärs zur Angriffsarmee – allesamt Maßnahmen der Mobilmachung und Kriegsvorbereitung.

Vom Notstand der Demokratie zum Notstand der Republik

Am 23. Oktober 2007 fand in der Zentrale der IG Metall in Frankfurt eine Veranstaltung statt, die in ihrem Titel die Frage stellte: „Vom Notstand der Demokratie zum Notstand der Republik?“ Am Ende war diese Frage beantwortet. Waren die Notstandsgesetze noch Vorratsgesetze für Zeiten, „in denen es in der

¹ SZ vom 7. August 2013

² Angesichts des Kriegsgeschreis gegen Syrien erinnert die SZ (10. September 2013) zu Recht daran, dass die „Beweise“ für die angeblichen Massenvernichtungswaffen des Irakers Saddam Hussein vom deutschen BND stammten. Seitdem ist der BND in den USA ein feststehender Begriff für „Betrüger, der den Krieg auslöste“. Diesen Betrug wollte der BND gerade wiederholen, als er Tondokumente vorlegte, die den Einsatz von Giftgas durch die syrische Armee beweisen sollten.

Wirtschaft hagelt“³, bezeichnet der Notstand der Republik einen Umbau des Staatsapparates, der sämtliche Teile des staatlichen Gewaltenapparates kriegsverwendungsfähig macht, die militärische und para-militärische Basis erweitert und dessen Schlagkraft erhöht sowie auf zivile Organisationen durchgreift.

Wer sich beruhigen will, könnte anführen, dies sei nichts Neues. Schließlich begann die Remilitarisierung nur kurze Zeit nach der Befreiung vom Faschismus; in deren Zuge wurde die KPD verboten und gegen Tausende Widerstandskämpfer und Kriegsgegner wurden Straf-Verfahren eingeleitet, so dass viele von ihnen wieder in Zuchthäusern landeten, in die sie nun vom demokratischen Nachfolgestaat geschickt wurden.

Truppen gegen das eigene Volk

Was wir seit der Einverleibung der DDR erleben, hat eine neue Qualität. Schutz- und Vorsichtsmaßnahmen des Grundgesetzes und der Alliierten, die noch immer Bestand haben, werden reihenweise liquidiert, auch unter Zutun des Bundesverfassungsgerichts. Georg Benz (ehemaliges Vorstandsmitglied der IG Metall) hatte Recht, als er im Kampf gegen die Notstandsgesetze 1966 warnte: „Die Gefahr, die uns droht – ich möchte es noch einmal unterstreichen – ist der totale Staat im Gewande der Legalität – die Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie.“⁴ Eine Gegenwehr der demokratischen Gesellschaft, wie z.B. unter Führung der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze, steht heute aus. Deutschland führt wieder Krieg und hat seine Armee umgebaut zur „Armee im Einsatz“. Der Staatsumbau, mit allen seinen hier beschriebenen Maßnahmen, hat ein Maß erreicht, das schon heute über das hinausgeht, was der deutsche faschistische Staat im Zuge seiner Mobil-Machung für den Krieg bis zum Jahre 1938 geschafft hatte – von der Indienststellung der Bevölkerung ab 1933 über die Wiederbewaffnung nach dem verlorenen Krieg, den Aufbau einer Geheimpolizei bis zur Umstellung der Wirtschaft z.B. durch die „Erfindung“ der Leiharbeit etc. Zu alledem muss letztendlich die Frage gestellt werden: Wofür? Dass es in der Wirtschaft "hagelt", ist eine Umschreibung, die angesichts der nicht enden wollenden Weltwirtschaftskrise heute sehr gelinde klingt. Schlechtes Wetter geht nach allen bisherigen Erkenntnissen vorüber. Sollte nach der Liquidierung der ehemals sozialistischen und volksdemokratischen Länder wieder ein „goldenes Zeitalter“ anbrechen für den Kapitalismus und seine führenden Ökonomien und für die, die daran teilhaben, zeigt sich stattdessen in jeder Ritze der Niedergang eines überholten Systems. Wir leben in Zeiten des Überlebenskampfes des Kapitalismus. Wenn wir dem noch lange zusehen, anstatt ihm zu seinem Ende zu verhelfen, stehen wir eher vor bleiernen Zeiten.

Die neuen alten Freikorps

Als am 23. August 2013 im Biebricher Schloss in Wiesbaden eine von zwei hessischen „RSU-Kommandos“ (Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte) in Dienst gestellt wurde, sind nur wenige Gegendemonstranten den Feldjägern, Reservisten, Soldaten und der Polizei entgegengetreten. Dabei sind diese „RSU-Kommandos“ zentraler Bestandteil des Repressions-Apparates der BRD – eine militärische Truppe für den verbotenen Einsatz im Innern, gegen die eigene Bevölkerung. Deren Konzeption beruht

³ Der damalige Innenminister Lücke (CDU) zitiert nach: 10 Jahre Antwort auf die Frage „Was tun?“, Verlag Das Freie Buch, München 1986

⁴ Zitiert nach „Arbeitsmaterialien der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik“. www.notstand-der-republik.de

im Wesentlichen auf Programmen der Bundeswehr, veröffentlicht in den "Weißbüchern", verkündet vom zuständigen Ministerium.⁵

Vor hundert Jahren hießen diese Verbände noch Freikorps und bestanden aus Soldaten, die, nach Ende des Krieges, in der Heimat eingesetzt wurden. Sie haben Tausende Frauen und Männer auf dem Gewissen, die für eine neue Republik gekämpft haben, unter ihnen auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Heute sind dies Reservisten, die in Kompanie-Stärke (100-130 Mann) in insgesamt 30 Kompanien aufgestellt und von 16 Landeskommandos geführt werden. Dazu kommen 31 Bezirksverbindungs- und 401 Kreisverbindungskommandos. Das heißt: Flächendeckend, in allen Kreisen und kreisfreien Städten hat das Militär Einzug gehalten und bildet den neuen „Heimat-Schutz“. Berlin ist der Standort jener RSU-Kompanie, die zugleich das „Kommando Territoriale Aufgaben“ bildet und das Führungsorgan der sogenannten „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ der Bundeswehr darstellt, also das zentrale Kommando für Inlandseinsätze inne hat. Mit diesen mehr als 3000 Mann ist dies der aktive Teil des „Nukleus für einen der jeweiligen Lage angepassten Aufwuchs“⁶, wie das im Kriegerdeutsch genannt wird. Soll heißen: Die Reservisten übernehmen die Eingliederung von zivilen Hilfs-Organisationen wie der DLRG, den Feuerwehren, dem Roten Kreuz usw. und der paramilitärischen Organisationen wie dem THW in die Kommandostrukturen des Militärs und bauen die Verbindung zu zivilen Stellen wie den regionalen Parlamenten oder Krisenstäben auf. Was in der Öffentlichkeit meistens nur als Katastrophenschutz (z.B. bei Hochwasser) daher kommt, reicht laut den Verteidigungspolitischen Richtlinien (2011) bis zum „Schutz kritischer Infrastruktur und bei innerem Notstand“, also der Herstellung der Ruhe an der Heimatfront gegen die eigene Bevölkerung. Dass die kritische Infrastruktur auch schon bedroht sein kann, wenn Arbeiter streiken, liegt auf der Hand und erklärt die räumliche Nähe von RSU-Kompanien zu den Automobil-Fabriken von Daimler, BMW und Audi. Reservisten stehen aber auch in direktem Kampfeinsatz in Afghanistan oder im ehemaligen Jugoslawien und eignen sich allein schon deshalb als Ausbilder für ihresgleichen. Auf dem Gelände des „Gefechtsübungszentrum Altmark“ wird gerade für zig-Millionen die Geisterstadt Schnöggersburg gebaut, in der die Aufstandsbekämpfung beim Häuserkampf, in der U-Bahn und in Fabriken trainiert werden soll.⁷ Solche Truppenübungsplätze werden auch der Polizei oder dem THW zur Verfügung gestellt. Für Afghanistan wird das nicht gebraucht. Durch diese Strukturen ist die Bundeswehr weit über die zahlenmäßige Stärke der von den Alliierten genehmigten bewaffneten Kräfte angewachsen. Wurde der Umbau der Bundeswehr zur Berufsarmee und die (vorübergehende⁸) Aussetzung der Wehrpflicht noch als Friedensmaßnahme dargestellt, wird deutlich, dass durch diese Teil-Mobil-Machung der Reserve die Schlagkraft entschieden erhöht wird und der Einsatz bei innerem Notstand für die dahinter stehende Truppenreserve von weiteren ca. neun Millionen Reservisten bereits vorbereitet ist.

Ungeschützte Verfassung

Was faktisch schon durchgeführt wird (Fußball-WM, Papstbesuch, Heiligendamm, Münchner Sicherheitskonferenz...) ist nach dem Grundgesetz verboten, wird aber auch vom Verfassungsgericht Stück für Stück der Realität angepasst, also in das Gegenteil verhandelt. Mit dem jüngsten Spruch aus

⁵ Vgl. "Konzeption der Reserve (KdR)" vom 1. Februar 2012, online unter: <http://www.bundeswehr.de>

⁶ Zitiert nach: "Der neue Heimatschutz der Bundeswehr", Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Juni 3/2013

⁷ Siehe <http://www.streitkraeftebasis.de>

⁸ Mit der Konstruktion einer 'vorübergehenden Aussetzung der Wehrpflicht' wurde eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes umgangen.

Karlsruhe⁹ wird der Einsatz der Bundeswehr im Innern auch mit militärischer Bewaffnung „bei besonders schweren Unglücksfällen“ erlaubt und diese „Unglücksfälle“ gleichzeitig immer weiter gefasst. Diese Unbestimmtheiten und die darin liegende Möglichkeit, im Ernstfall nicht lange zu fragen, ob diese Waffen auch auf streikende ArbeiterInnen oder demonstrierende Menschen gerichtet werden können, waren zumindest einem der Verfassungsrichter eine Gegenstimme wert. Genauso verstanden hat dies auch die Bundeswehr, die ihre Feldjäger der Polizei bereits zur „Crowd and Riot Control (CRC)“, also zur Kontrolle von Menschenmassen und Unruhen im Innern anbietet.¹⁰

Verbotene Bundespolizei und Strukturen einer Gestapo

Weitestgehend abgeschlossen ist auch der Umbau des zweiten Gewaltenapparates, der Polizei. Der ehemalige Bundesgrenzschutz (BGS, der zum Schutz der Außengrenzen der BRD auch von den Alliierten erlaubt war) ist zu einer verbotenen Bundespolizei gemacht worden. Länderpolizeien statt einer zentralen Bundespolizei, das war die Erkenntnis und das Gebot nach dem Faschismus. Heute arbeiten in dieser verbotenen Bundespolizei mehr als 40000 Polizisten; insgesamt hat Deutschland heute bezogen auf die Einwohnerzahl eine höhere Polizeidichte als 1938 – ausgebildet zur Aufstandsbekämpfung und ausgerüstet mit militärischen Waffen. Schon 1984, als die Arbeiter im Kampf um die 35-Stunden-Woche standen, hat der BGS den Einsatz gegen streikende Arbeiter geübt. Diese paramilitärische Bundespolizei untersteht bei Einsätzen im Inland nicht mehr dem Innenministerium. Bei einer Anhörung zum Bundespolizeigesetz 2008 wies der Polizeipräsident von Münster¹¹ darauf hin, dass es nach einem Verfassungsgerichtsurteil von 1998 verboten ist, eine Polizei mit bundespolizeilichem Charakter zu schaffen. Das Parlament kümmerte dieser Einwand nicht. Genauso wenig, dass die Befugnisse des Bundeskriminalamts (BKA) soweit ausgeweitet wurden, dass eine neue Geheimpolizei entstanden ist, die stark an die Gestapo erinnert. In einem Antrag für den Gewerkschaftstag der IG Metall 2007 aus Bremen forderten Kolleginnen und Kollegen von Daimler: „Gegen die Maßnahmen des Staatsumbaus muss vorgegangen werden, insbesondere die Bildung eines Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums (GTAZ) von Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz, sowie über weitere Staatsorgane, die unter einem Dach in Berlin Treptow zentralisiert sind. Damit wird das verfassungsmäßige Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten aufgehoben, das aufgrund der Erfahrung des Faschismus erlassen wurde, um nie wieder so etwas wie eine Gestapo zuzulassen.“ Mittlerweile gibt es mehr als ein Dutzend solcher Zentren im ganzen Land, indem alle Teile des Staatsapparates inklusive der Bundeswehr und der Geheimdienste verbotenerweise zusammensitzen und schnüffeln, auf sämtliche Daten der Bürger zugreifen können, Verhaftungen vorbereiten und so faktisch eine Geheimpolizei bilden, die vom Parlament nicht zu kontrollieren ist und vom einzelnen Bürger schon mal gar nicht. Das nächste dieser Zentren soll das „Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/-terrorismus“ (GAR) werden, das vom Innenminister als Konsequenz aus dem sogenannten „NSU-Skandal“ angekündigt wird, in dem er sich vor allem aber auch die Auswertung des "Linksextremismus/- terrorismus" wünscht.

⁹ Im August 2012 hat das Bundesverfassungsgericht selbst in die Verfassung eingegriffen und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren auch mit militärischen Mitteln erlaubt. Die SZ schrieb damals: Einer der 16 Richter im Plenum gab ein Sondervotum ab. Nach Auffassung von Reinhard Gaier habe die jetzige Entscheidung die Wirkung einer Verfassungsänderung. Diese stehe dem Gericht nicht zu. Zudem weist Gaier darauf hin, dass die Bundesrepublik 1949 zunächst ohne Armee entstand und das Verfassungsgericht 1956 im Zuge der Wiederbewaffnung klargestellt habe, dass "eine Befugnis zum Einsatz der Streitkräfte im Inneren selbst in Fällen des Notstandes nicht gegeben war". (SZ-online vom 17. August 2012)

¹⁰ Zitiert nach: "Der neue Heimatschutz der Bundeswehr", Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Juni 3/2013

¹¹ Hubert Wimber, im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 14.01.2008

Der Staatsumbau ist in großen Teilen abgeschlossen und wird jetzt durch viele Maßnahmen unterstützt, gefestigt und umgesetzt. So z.B. durch die permanenten Auftritte der Bundeswehr an Schulen, Universitäten und Arbeitsämtern, wo unter Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen für das Mörderhandwerk geworben und Nachwuchs rekrutiert wird, und die fortschreitende Militarisierung der Forschung an Universitäten und Hochschulen. Nicht zu vergessen die Verfolgung von Antimilitaristen und Kriegsgegnern durch die deutsche Justiz. Jugendliche und junge Arbeiter sind angeklagt und zum Teil schon abgeurteilt. Ihr Verbrechen: ein Transparent bei Blohm & Voss und der BASF, auf dem steht „Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei! Klassenkampf statt Weltkrieg! Für die internationale Solidarität!“¹²

Wolfgang Schäuble hat als Innenminister bereits 2007 klar gemacht, wozu dieser Staatsumbau dient: „Wir wollen einen umfassenden Sicherheitsbegriff zu Grunde legen, daher werden wir über die völlig überkommene Trennung von innerer und äußerer Sicherheit zu reden haben und die Frage eines Einsatzes der Bundeswehr im Inneren.“¹³ Dieser Staatsumbau nach innen wird begleitet und ist notwendig für den Drang nach außen, die Ruhe an der Heimatfront ist notwendig und Voraussetzung für die Unterdrückung und den Krieg nach außen. Deshalb ist der Staatsumbau, der Notstand der Republik nicht zu trennen von der Kriegsvorbereitung und dem Krieg von deutschem Boden aus. „Wir haben den Eindruck, dass der Krieg schon heute gegen uns in den Fabriken geführt wird mit immer größerer Arbeitshetze, mit Leiharbeit und mit der ständigen Angst vor Entlassungen. Sollten wir uns gegen dieses System zur Wehr setzen, so wird der deutsche Staat die Bundeswehr gegen uns einsetzen. Das hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Aus der Geschichte wissen wir: Der Krieg im Inneren gegen die Arbeiter und das Volk war schon immer der Ausgangspunkt für den Krieg nach Außen, gegen andere Völker. Umso notwendiger ist der Zusammenschluss von Gewerkschaftern, Demokraten und Kriegsgegnern aus mehreren Ländern (...).“¹⁴ Unsere Gewerkschaftsführung vollzieht stattdessen den Schulterchluss mit dem Militär, empfängt den Kriegsminister de Maiziere in seiner Zentrale in Berlin und vereinbart „eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften“.¹⁵ Den GewerkschafterInnen, die dagegen protestieren, verweigert der DGB allerdings den Zugang und versperrt seine Türen.¹⁶ Ganz offensichtlich brauchen der DGB-Vorstand und Kollege Sommer eine Mitgliedschaft, die gegen solche Gewählten nicht gewillt ist, diesen Kurs des erneuten Krieges mitzugehen. Eine Mitgliedschaft, die ihre Erfahrung und das Wissen der Arbeiterbewegung hoch hält: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Deshalb sollen die vielen Maßnahmen des Staatsumbaus und der Kriegsvorbereitung hier nur in aller Kürze dargestellt werden. Das muss vertieft werden, wozu die Quellen-Hinweise genügend Fundorte liefern. All dies kann jedoch nur dann genügen, wenn der Staatsumbau, wenn die Informationen über den Notstand der Republik benutzt werden, nicht als Lexikon der Grausamkeiten, sondern als Aufforderung, den drohenden Krieg zu verhindern.

Rainer Herth ist Vorsitzender der IG Metall-Vertrauenskörperleitung bei manroland sheetfed in Offenbach

¹² Näheres unter <http://www.jugendkongress-notstand-der-republik.org/>

¹³ Zitiert nach: Gegen den Notstand der Republik, Verlag Das Freie Buch, 2009

¹⁴ Unterstützungserklärung der IG Metall-Vertrauenskörperleitung Siemens Schaltanlagenwerk Frankfurt für die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“. <http://www.himmlischevier.de>

¹⁵ Presseerklärung des DGB vom 5. Februar 2013

¹⁶ <http://www.labournet.de/interventionen/kriege/antimili-all/gewerkschaften-und-bundeswehr-engere-zusammenarbeit-geplant/>